

# Behörden Spiegel Ein teurer Spaß?

Aug. 2004

Online-Bürgerhaushalte in der Kritik

(BS/gg) Mit der zunehmenden Ausbreitung von Online-Bürgerhaushalten wächst auch die Kritik an diesem Instrument. Dr. Stephan Eisel, ehemaliger CDU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und heute Projektleiter "Internet und Demokratie" bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, zählt zu den bekanntesten Kritikern derartiger Verfahren, die er u. a. für manipulativ hält und als zu kostspielig empfindet.

Zahlreiche Städte – insbesondere Großstädte – haben in letzter Zeit Online-Befragungen der Bürger zu kommunalen Haushaltspolitischen Fragestellungen durchgeführt. Die Verantwortlichen vor Ort sehen hierin insbesondere die Chance, mithilfe des Internets ein besseres Meinungsbild der Bürger zu erhalten und dies in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen. Denn verbindlich sind Ergebnisse dieser "Bürgerhaushalte" weder für die Verwaltung noch für die Lokalpolitik. Doch nicht nur die fehlende Verbindlichkeit der Online-Bürgerhaushalte wird als Schwäche dieses Instrumentes gesehen.

Online-basierte "Bürgerhaushalte" sind für *Stephan Eisel*, der bei der Konrad-Adenauer-Stiftung das Projekt "Internet und Demokratie" leitet, höchst problematisch, da sie den Teil der Bevölkerung, der über keinen Internetzugang verfügt, von vornherein ausschließen. Laut des letzten (N)Onliner Atlas der Initiative D21 ist dies aktuell noch ein Viertel der Bürger hierzulande. Letztlich erreichten Online-Bürgerhaushalte höchstens zwei oder drei Prozent der Wahlberechtigten und böten nur eine weitere Spielwiese für politische Interessierte. Es würde noch nicht einmal gelingen, diejenigen Bürger für die Teilnahme an Online-Bürgerhaushalten zu mobilisieren, die bereits in Parteien, Vereinen oder Bürgerinitiativen aktiv seien. "Durch die Komplexität internet-basierter Bürgerhaushalte wird eine kleine Minderheit der Zeitreichen privilegiert und deshalb selbst die populärsten Abstimmungsfragen von weniger als nur einem Prozent der Wahlberechtigten beantwortet werden", so *Eisel*.

Kritik übt das ehemalige Mitglied des Deutschen Bundestages auch an der konzeptionellen Gestaltung der Verfahren. Da bei den Verfahren auch Mehr-



Online-Bürgerhaushalte: Für die einen ein Weg zu mehr direkter Demokratie, wie in der Schweiz, für Kritiker nur eine digitale Spielwiese für politisch Interessierte.

Foto: BS/wikipedia/Dodo von den Bergen

fachabstimmungen und die Teilnahme von Ortsfremden möglich sei, werde der Manipulation Tür und Tor geöffnet.

Problematisch ist für *Eisel*, dass im Rahmen der Bürgerhaushalte die "Meinungen der keineswegs neutralen Verwaltungen" als einzige Informationsgrundlage für Entscheidungen dienen.

## Problematische Auswirkungen

Auch die Auswirkung von Bürgerhaushalten auf den kommunalpolitischen Diskurs und die Entscheidungsfindung ist für *Eisel* problematisch. Mit dem schnellen Internetclick der Online-Abstimmung werde von der notwendigen sachlichen Diskussion abgelenkt und die Einfachheit komplexer Fragen vorgetäuscht. Zudem werde es den demokratisch legitimierten

Mandatsträgern ermöglicht, sich vor ihrer Entscheidungsverantwortung zu drücken und hinter "fragwürdigen Online-Plebisziten" zu verstecken, findet *Eisel*.

Vor dem Hintergrund seiner inhaltlichen Kritik hält er auch die Kosten für die Durchführung eines Bürgerhaushalts für viel zu hoch. So habe der Online-Bürgerhaushalt, den die Stadt Bonn Anfang des Jahres durchführte Kosten in Höhe von 300.000 Euro verursacht. Die Kosten eines Kommunalwahlkampfes lägen hingegen nur bei rund 50.000 Euro.

*Der Behörden Spiegel hat auf seiner Homepage unter [www.behoerden-spiegel.de/Themen/schwerpunkte/Buergerhaushalte](http://www.behoerden-spiegel.de/Themen/schwerpunkte/Buergerhaushalte) einen Themenschwerpunkt zum Thema "Bürgerhaushalte" eingerichtet.*